

## 6. Offenlegung der Interessenbindungen durch Kantonsratsmitglieder

Parlamentarische Initiative Beat Habegger (FDP, Zürich), Angie Romero (FDP, Zürich), Thomas Vogel (FDP, Thalwil) vom 17. August 2020

KR-Nr. 292/2020

### *Ordnungsantrag*

*Hans-Peter Amrein (SVP, Küsnacht; fraktionslos):* Danke, dass ich mich vorher (zu Geschäft KR-Nr. 229/2020) äussern durfte.

*Ich bitte auch hier um Kurzdebatte.*

Ich denke, dieses Anliegen, das hier diskutiert wird, braucht noch eine kurze Kommentierung von Urs Hans und mir. Ich danke Ihnen.

### *Abstimmung*

**Der Kantonsrat lehnt den Ordnungsantrag mit 68 : 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) ab.** Das Geschäft wird in reduzierter Debatte behandelt.

*Beat Habegger (FDP, Zürich):* Diese parlamentarische Initiative reagiert auf mehrere Vorstösse, welche die Unvereinbarkeitsregelungen mit dem Kantonsratsmandat erweitern wollen. Sie will auch ein Versäumnis beheben, das uns bei der Redaktion des neuen Kantonsratsgesetzes unterlaufen ist. Kurzum: Es geht um die Offenlegungspflicht der Interessenbindungen für die Mitglieder des Kantonsrates, die heute zu wenig präzise geregelt ist.

Worum geht es? Es geht um Transparenz. Wir sind ein Milizparlament. Alle oder sicher die meisten von uns üben neben dem Kantonsratsmandat weitere berufliche Tätigkeiten aus. Das ist eine Stärke unseres politischen Systems: Mit einem Bein im Parlament, mit dem anderen Bein mitten im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Dieser Stärke einer Milizbehörde steht ein erhöhtes Potenzial für Interessenkonflikte gegenüber, auch wenn sich vermutlich darüber streiten lässt, ob diese Gefahr in einem Berufsparlament tatsächlich geringer wäre. Dennoch: Unsere doppelten Rollen als Berufsleute und Amtsträgerinnen verlangen Finger-spitzengefühl, um unangemessene Verquickungen oder gar Vorteilsnahmen zu vermeiden. Über den persönlichen politisch-moralischen Kompass hinaus erfordert das Milizparlament, dass wir bezüglich unserer Rollen transparent sind. Alle sollen nachvollziehen können, welche Funktionen wir neben unserer politischen Tätigkeit ausüben. Nicht alle Mandate sind dabei gleich wichtig. Es geht nicht um die Mitgliedschaft im Vorstand einer Ortspartei – das dürfte auf uns alle zutreffen. Im Zentrum stehen Mandate, mit denen wir in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens Einfluss ausüben oder Geld verdienen, also Mitgliedschaften im Vorstand eines Wirtschafts- oder Arbeitnehmerverbands, eines Verwaltungsrats oder – lo-

gischerweise im Milizparlament – unsere eigene Berufsausübung. Diese Informationen lassen sich heute auf der Kantonsratswebseite nur bedingt nachvollziehen. Zudem lässt sich oft nur vermuten, ob es sich bei den ausgeübten Mandaten um ehrenamtliche oder bezahlte Mandate handelt, was offensichtlich eine wesentliche Information ist zur Einschätzung der Interessenbindung. Wir fordern deshalb, dass die berufliche Tätigkeit als wichtigste Interessenbindung im Milizparlament immer offenzulegen ist. Zugleich ist bei allen Mandaten anzugeben, ob es sich um ein ehrenamtliches oder bezahltes Mandat handelt. Die Kriterien dafür lassen sich einfach durch die Kommission festlegen. Im Bund haben die Ratsmitglieder der Publikation dieser Informationen einen gewichtigen materiellen Gehalt beigemessen. Dies trifft unseres Erachtens auch auf den Kantonsrat zu. Wir orientieren uns deshalb bei dieser parlamentarischen Initiative am kürzlich geänderten Parlamentsgesetz des Bundes und empfehlen Ihnen, diese parlamentarische Initiative vorläufig zu unterstützen.

*Rafael Steiner (SP, Winterthur):* Transparenz stärkt unsere direkte Demokratie, Transparenz fördert den Meinungsbildungsprozess, Transparenz schafft Vertrauen in die Politik. Dies sind die Slogans der Transparenzinitiative, welche mitunter von der SP eingereicht wurde. Die SP setzt sich denn seit langem schon für Transparenz in der Politik ein. Es freut mich nun, dass auch die FDP hier eine parlamentarische Initiative einreicht, die mehr Transparenz im Parlamentsbetrieb fordert – eine Partei, die bisher Transparenzbemühungen eher behinderte und verhinderte als förderte. Hier geht es für einmal nicht um Geldströme, was vielleicht für die FDP die Sache etwas einfacher macht, aber immerhin. Derzeit müssen Kantonsratsmitglieder Mandate als Verwaltungsrätinnen oder auch Vorstandstätigkeiten als Interessensbindungen angeben. Als Milizpolitikerinnen und -politiker haben aber die meisten von uns einen oder mehrere Jobs, die nicht zwingend Verwaltungsratsstätigkeiten sind, sondern eben Angestelltenverhältnisse. Und auch als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer kann es sein, dass Interessensbindungen bestehen, die für die Öffentlichkeit eine gewisse Relevanz besitzen. Beispielsweise wird jemand, der in leitender Position in einer Unternehmung arbeitet, die Erdöl verkauft, gegebenenfalls eine andere Ansicht zur Energiewende haben, als jemand, der Solarzellen verkauft. Generische Berufsbezeichnungen sind dann oftmals auch nicht genug. Wenn jemand als Kommunikationsfachfrau arbeitet, hat es ja doch bei gewissen Geschäften eine gewisse Relevanz, ob diese Person nun für die ZKB (*Zürcher Kantonalbank*) oder für die UBS (*Schweizer Grossbank*) arbeitet – gerade eben bei Geschäften über die ZKB zum Beispiel.

Dieser Vorstoss, das muss ich aber auch sagen, war auch nicht ganz unumstritten bei uns in der SP, weil er auch eine gewisse Gefahr birgt. Das Ziel für die Transparenz sind ganz klar Tätigkeiten in leitender Position oder Tätigkeiten mit Lobbyauftrag und Tätigkeiten in politnahen Bereichen, wie zum Beispiel bei den Spitätern. Ob ein Bartender nun im «Albani» oder im «Kraftfeld» (*Winterthurer Clubs*) arbeitet, spielt für die Öffentlichkeit wohl kaum je eine Rolle. Generell: Bei Positionen tief in der Hierarchiestufe stellt sich die Frage der Relevanz für die Öffentlichkeit, da einerseits kaum je Interessenkonflikte auftreten, andererseits

ein gewisses Missbrauchspotenzial besteht. Beispielsweise mit Druckversuchen im Stil von «Ihr seid doch ein bürgerliches Unternehmen» oder «Ihr seid doch ein linkes Unternehmen, wollt ihr denn wirklich, dass ihr so jemanden im Rat habt? Seht mal her, was der oder die so sagt.» Dass man gerade auch in kleinen Unternehmen vielleicht die politische Ausrichtung eines Mitarbeiters nicht überall publiziert haben und nicht damit in Verbindung gebracht werden will, kann ebenfalls vorkommen. Es kann so weit gehen, dass man bei Offenlegung diese Person dann vielleicht gar nicht anstellt. Ich denke aber, gerade in der heutigen Zeit mit LinkedIn (*Social-Media-Netzwerk*) und vielen öffentlichen Profilen, wo man eh sieht, wo die Personen arbeiten, hat dies auch eine gewisse tiefere Relevanz und diese Beispiele dürften sich wohl sehr in Grenzen halten. Wichtig ist: Die Richtung stimmt und die Beispiele, in denen Transparenz wichtig ist, überwiegen die Schwierigkeiten ganz klar. Vielleicht könnte sich die Kommission, welche dann das Geschäft berät, doch überlegen, ob gewisse Einschränkungen Sinn machen. Wir unterstützen diesen Vorstoss und ich weise an dieser Stelle gerne auf unsere parlamentarische Initiative «Transparenz in der Politikfinanzierung» hin. Ich hoffe, diese unterstützen Sie dann auch. Transparenz in Interessenbindungen ist wichtig, genauso wie die finanzielle Transparenz über Parteispenden. Dafür steht die SP – heute und auch in Zukunft. Danke für die Unterstützung.

*Karin Joss (GLP, Dällikon):* Die Grünliberalen setzen sich grundsätzlich für mehr Transparenz ein, dies beispielsweise in Geschäftsberichten, aber auch bei der Parteienfinanzierung. Was uns Kantonsratsmitglieder betrifft, ist es heute schon so, dass wir die beruflichen und sonstigen Aktivitäten offenlegen müssen. Schon jetzt müssen Arbeitgeber auf dem entsprechenden Formular bekannt gegeben werden, und das machen wir auch konsequent. Das ist wichtig und das schulden wir auch unseren Wählerinnen und Wählern. Diese bereits vorhandenen Angaben dürfen selbstverständlich auch vollständig auf die Kantonsrats-Website übernommen werden, soweit sie relevant sind. Bei Voreingenommenheit gegenüber Geschäften gilt die Ausstandsregelung. Diese hat sich bewährt.

Mit der parlamentarischen Initiative sollen für alle Tätigkeiten von Kantonsratsmitgliedern zusätzlich noch angegeben werden, ob eine Stelle oder ein Mandat ehrenamtlich oder bezahlt ist. Die Absicht ist sicher gut, das Problem liegt jedoch im Detail, nämlich bei der Abgrenzung zwischen «ehrenamtlich» und «bezahlt». Ist das Mandat nun ehrenamtlich oder bezahlt, wenn es eine Entschädigung gibt, die aber deutlich unter dem effektiven Aufwand liegt? Und wie würden sehr grosszügige Spesenregelungen ausgelegt werden? Darüber scheiden sich dann wohl die Geister. Das heisst: Ein halbleeres Glas kann durchaus voller sein als ein halbvolleres Glas. Es ist ganz einfach eine Frage der Betrachtung und damit haben wir keine zusätzliche Transparenz gewonnen, dafür aber einen höheren bürokratischen Aufwand verursacht. Genau diese Abgrenzungsprobleme zeigen sich auch in der Praxis in Bundesbern und sie sind ungelöst. So gilt ein durchaus sehr stolzes Sitzungsgeld offiziell nicht als bezahlt, obwohl es unter Umständen um ein Vielfaches höher sein kann als eine kleine pauschale Bezahlung für eine Tätigkeit.

Aus Sicht der Grünliberalen wäre das nur eine Scheintransparenz ohne grossen Nutzen.

Wir unterstützen das Anliegen der parlamentarischen Initiative deshalb nicht. Eine Überweisung der PI würde uns aber auch nicht wehtun und mehr Transparenz müssen wir sicher nicht fürchten. Hingegen würden wir es sehr begrüßen, wenn die FDP mehr Transparenz bei der Spendenfinanzierung unterstützen würde. Dieses Anliegen ist im Sinne der Bevölkerung und wäre keine Scheintransparenz. Ich danke Ihnen.

*Yvonne Bürgin (Die Mitte, Rüti):* Beim Zuhören der Voten meiner Vorredner könnte man meinen, es bestehe bisher keine Transparenz hinsichtlich Interessenbindungen. Aber es ist doch so: Das Kantonsratsgesetz regelt die Offenlegung der Interessenbindungen von uns Kantonsratsmitgliedern in Paragraf 14, litera a bis d. So müssen bereits jetzt berufliche Tätigkeiten angegeben werden. Ein Detaillierungsgrad, wie ihn diese parlamentarische Initiative fordert mit der Nennung von Arbeitgebern, scheint der Mitte auf kantonaler Ebene übertrieben. Inwiefern die Angabe des Arbeitgebers mehr dazu beitragen soll, die Wahrung der Unabhängigkeit zu gewährleisten, erschliesst sich uns nicht. Auch mit Angabe eines Arbeitgebers bleibt eine genaue Überprüfung schwierig und es wird weiterhin in der Verantwortung des einzelnen Kantonsratsmitglieds bleiben. Schliesslich muss ich mich ja meinen Wählerinnen und Wählern gegenüber verantworten.

Für die Offenlegung der bezahlten oder unbezahlten Mandate haben wir grundsätzlich Sympathien. In der Umsetzung erscheint uns aber die von der parlamentarischen Initiative geforderte akribische Erfassung ziemlich schwierig. Die Grenzen zwischen «bezahlt», «ehrenamtlich» oder eben «spesenentschädigt» sind manchmal fliessend und dies genau zu definieren ist wohl eher sehr aufwendig, meine Vorrednerin Karin Joss hat dies sehr gut dargestellt. Diese parlamentarische Initiative schreit sehr stark nach Bürokratie und es ist daher eher erstaunlich, dass sie von der FDP kommt. Die Mitte wird die PI nicht überweisen.

*Markus Bischoff (AL, Zürich):* Wir haben jetzt das Hohelied der Transparenz gesungen. Dem können wir grundsätzlich auch zustimmen. Transparenz erhöht das Vertrauen in die Politik. Man hat eigentlich nichts zu verbergen, wenn man in die Politik geht. Aber es gibt auch ein anderes Grundprinzip, das auch wichtig ist und das ist der Persönlichkeitsschutz. Es gibt auch einen gewissen Persönlichkeitsschutz und man muss nicht alles und jedes von sich selber zeigen. Man kann das vielleicht am folgenden Beispiel aufzeigen: Wir haben so ein bisschen das nordische Prinzip beim Wohnen heute – alle Fenster sind offen, alle können ins Haus hineinschauen. Das ist so ein bisschen die Haltung: «Schaut nur herein, wir leben sündenfrei, bei uns ist alles ordentlich, wir haben nichts zu verbergen.» Das andere Prinzip ist vielleicht das, was ich ein maurisches Prinzip nennen möchte, dass das Haus abgeschlossen ist, wie man es im Süden sieht. Man sieht nicht hinein. Das kann heissen: «Das ist unser Freiraum, wir machen hier, was wir wollen.» Oder, das andere: «Wir leben zwar sündenfrei, aber wir wollen das nicht allen zeigen. Das ist unsere persönliche Wahl.» Und so haben wir es mit diesen beiden

Grundprinzipien auch hier zu tun und ich muss sagen, ich sehe das Problem, das die FDP jetzt mit dieser parlamentarischen Initiative lösen will, nicht ganz.

Es ist ja völlig klar, dass man bereits jetzt die beruflichen Tätigkeiten angeben muss. Wenn jemand Gewerkschaftssekretär oder Gewerkschaftssekretärin ist, dann erwarte ich von dieser Person, dass sie angibt, bei welcher Gewerkschaft sie arbeitet. Sie hat dort eine politische Funktion, ist Interessensvertreter und muss dies angeben. Aber wenn jemand Sachbearbeiterin bei der Arbeitslosenkasse einer Gewerkschaft ist, dann ist das egal. Dann ist diese Person Sachbearbeiter oder Sachbearbeiterin und hat da keine politische Funktion. Das ist wie der Barkeeper oder die Barkeeperin, die nicht angeben muss, in welcher Bar er oder sie arbeitet. Hier gibt es auch einen gewissen Persönlichkeitsschutz und es gibt auch einen Schutz des Arbeitgebers und der Arbeitgeberin. Vielleicht hat nicht jeder Arbeitgeber oder jede Arbeitgeberin Freude, dass jetzt ein ganz Linker oder ein ganz Rechter bei ihm arbeitet. Das kann auch der Fall sein, dass er sagt: «Das ist ein guter Mann oder eine gute Frau, nur die politische Ausrichtung passt mir überhaupt nicht. Und wenn das publik wird, bekomme ich noch Probleme.»

Ich sehe auch nicht ganz das Problem, ob jetzt ein Job ehrenamtlich oder nicht ehrenamtlich ist. Ich erwarte mindestens aus unserer Warte, dass man sich genau gleich einsetzt, ob man nur Spesen bekommt oder ob man bezahlter Lobbyist ist. Ich erwarte eigentlich dasselbe Engagement. Vielleicht ist das bei den Freisinnigen anders. Dort setzt man sich nur besonders ein, wenn man Geld bekommt; ich weiss es nicht, das ist vielleicht eine böswillige Unterstellung. Aber ich erwarte eigentlich, dass man sich genau gleich einsetzt und dass man das ja dann hier transparent machen muss, wenn man in einer leitenden Position ist. Das ist doch jetzt alles schon da.

Es gibt auch, meine Damen und Herren von der FDP, eine gewisse Eigenverantwortung, und man muss doch sehen, was wichtig ist, wenn man diesen Fragebogen ausfüllt – ja oder nein. Und bis jetzt haben, glaube ich, 99,9 Prozent der Leute gesehen, was wichtig ist und was nicht wichtig ist, man hat nicht irgendetwas bewusst verheimlicht. Das sind ja mehr oder weniger halbwegs intelligente Leute, diese 180 Leute, die hier drin sind, und die haben halbwegs ein politisches Sensorium. Und diese Leute wissen, was man da schreiben muss. Man sollte das nicht noch mit zusätzlichen Vorschriften verbürokratisieren. Deshalb stehen wir dieser Initiative – obwohl wir sehr wohl für Transparenz sind, wo sie wichtig und wo sie entscheidend ist – eher kritisch gegenüber und werden sie nicht vorläufig unterstützen.

*Stefan Schmid (SVP, Niederglatt):* Ich möchte an die Worte meines Vorredners anknüpfen. Auch die SVP steht dem Vorstoss kritisch gegenüber, jedoch nicht so kritisch, dass man das Anliegen nicht vorläufig unterstützen könnte. Anhand der gefallenen Voten bin ich insofern gespannt auf die Diskussion in der entsprechenden Kommission. Es hat bei diesem Geschäft tatsächlich noch Klärungsbedarf. Es darf nicht das Ziel sein, dass das jetzige Regime verkompliziert wird. Und wo es meines Erachtens insbesondere Klärungsbedarf gibt, ist beim Arbeitgeberschutz, Markus Bischof hat das entsprechend auch erläutert. Ist da jeder Arbeitgeber auch

damit einverstanden, dass der Firmenname entsprechend öffentlich wird, nur weil er Personen beschäftigt, welche Parlamentsarbeit leisten? Wir können davon ausgehen, dass mindestens alle Ihre Arbeitgeber oder Arbeitgeberinnen hinter Ihnen oder hinter diesem Engagement stehen. Ich hoffe, dass sie dies alle auch noch tun, wenn dann auf einmal der Firmenname in der Öffentlichkeit ist. Insofern ist der Vorschlag wohl tiefgehend in der Kommission zu beraten und Vor- und Nachteile sind einander gegenüberzustellen.

Die SVP stellt sich der Diskussion und wird die parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen.

*Markus Schaaf (EVP, Zell):* Auf den ersten Blick ist man geneigt zu sagen: Freude herrscht. Endlich hat auch die FDP entdeckt, dass Transparenz wichtig ist. Für uns als EVP ist es kein Problem, Interessen offenzulegen. Es ist kein Problem, transparent zu sein und zu sagen, von wessen Tasche man lebt, von wo das Einkommen kommt und wessen Interessen man vertritt. Wenn man aber genauer hinschaut, stellt man fest: Die Forderungen der FDP wirken doch ziemlich bürokratisch. Aber vielleicht ist ja auch eine Absicht dahinter, denn den Zusatzaufwand und die hohen Bürokratiemonster, die hier geschaffen werden, können ja dann in ein paar Jahren mit grossem Brimborium von der FDP wieder abgebaut werden. Es gibt hier tatsächlich eine Interessensabwägung. Es gibt berechnete Interessen, dass man eben – wir haben verschiedene Beispiele gehört – seinen Arbeitgeber nicht angibt. Das hängt mit der eigenen Position zusammen, auch inwieweit diese Position und Anstellung mit dem Kantonsratsmandat beeinflusst wird und umgekehrt. Ein sehr wichtiger Punkt bei diesem Thema ist die Eigenverantwortung. Wieviel Eigenverantwortung traue ich den einzelnen Ratsmitgliedern zu, dass sie hier verantwortungsvoll umgehen können. Es scheint, dass da seitens der FDP hier ein grundsätzlicher Klärungsbedarf besteht. Ob der aus den eigenen oder aus den umliegenden Reihen kommt, kann ich nicht eruieren. Es würde uns aber durchaus interessieren und deshalb werden wir diese Parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen.

Ich möchte aber hier ganz klar sagen: Transparenz in der Politik hört nicht auf, indem ich meinen Arbeitgeber angebe. Transparenz in der Politik – ob ich es damit wirklich ernst meine oder nicht –, den Tatbeweis erbringe ich, wenn wir dann über Parteienfinanzierung sprechen. Wenn wir darüber sprechen, welche Interessensgruppen meine Abstimmungskampagnen finanzieren. Und dann, liebe FDP, werden wir sehen, wie ernst es euch wirklich ist in Sachen Parteienfinanzierung und in Sachen Transparenz.

*Urs Dietschi (Grüne, Lindau):* Erfreulich, dass ein Vorstoss für mehr Transparenz im Rat eingereicht wurde, zum gleichen Thema wird ja auch in Bundesbern immer wieder geredet. Wir Grünen werden diese parlamentarische Initiative vorläufig unterstützen. Allerdings sehen wir noch Punkte, die in der Kommission spezifiziert werden müssen. So werden wir uns unter anderem beispielsweise dafür einsetzen, dass auch die Unternehmen selbstständig zu mehr Transparenz beitragen, indem die unternehmerischen Tätigkeitsgebiete bekannt gemacht werden oder bei

Mandaten auch nichtmonetäre Vergütungen transparent gemacht werden. Auf der anderen Seite darf die gewünschte Transparenz natürlich nicht dazu führen, dass auch hier – als Beispiel – plötzlich Lehrpersonen in den Kommissionen nicht mehr bildungspolitisch tätig sein dürfen. Sorgfältig abgewogen werden muss auch, wie weit die Angabe des Arbeitgebers vonseiten des Arbeitnehmers nicht negativen Einfluss auf die Arbeitnehmenden und die Kantonsratsmitglieder hat, auch hier, wenn beispielsweise die Kantonsrätin oder der Kantonsrat nicht die Firmenpolitik vertritt.

Mit unserer provisorischen Unterstützung der parlamentarischen Initiative geben wir auch zu erkennen, dass wir an einer Transparenz interessiert sind, die sich auch am Schluss so nennen kann und die nicht halb- oder teiltransparent bleiben wird. Das gilt vor allem in Richtung FDP, die sich ja sehr wehrt, wenn es darum geht, bei den Wahlgeschäften die Unterstützenden – wer also hier Geld gibt – und die Beträge bekannt zu geben.

*Beat Habegger (FDP, Zürich) spricht zum zweiten Mal:* Ich bedanke mich für die breite Unterstützung dieses Anliegens. Ich kann den STGK-Präsidenten (*gemeint ist Stefan Schmid, Präsident der Kommission für Staat und Gemeinden*) gut verstehen, dass er sich auf die Diskussion in der Kommission freut. Ich bin sicher, dass Sie dann dort alle diese Anliegen, die Sie jetzt hier vorgebracht haben, auch wieder einbringen können. Yvonne Bürgin, an dich einfach noch die Mitteilung: Man muss sich eben nicht nur gegenüber den eigenen Wählerinnen und Wählern verantworten. Als Kantonsrätinnen und Kantonsräte haben wir eine Verantwortung gegenüber allen Bürgerinnen und Bürgern, egal, ob sie uns gewählt haben oder nicht. Klar, Transparenz ist ein bisschen eine zweischneidige Sache – bevorzugt natürlich bei den anderen und wenn es einem nicht zu unangenehm ist. Ich glaube, ich stehe hier zumindest persönlich dafür ein, dass diese Transparenz sich auch nicht nur auf diese Anliegen, die ich heute hier vertreten habe, beschränken muss, sondern natürlich auch darüber hinaus geht und auch in der Parteien- und Politikfinanzierung generell mehr Offenheit, mehr Offenlegung und mehr Transparenz erwünscht sind.

Vielleicht noch ein Hinweis zu diesem Bürokratievorwurf oder dass man das jetzt alles so akribisch erfassen müsse. Ich stelle mir das sehr simpel vor: Wenn Sie einen Lohnausweis erhalten, dann ist es schon mal klar, dass es sicher nicht ehrenamtlich ist. Wenn Sie noch einen kleinen Freibetrag für Spenden definieren in der Kommission, dann wird es auch nicht besonders anspruchsvoll sein, hier eine praktikable Lösung zu finden. Ich glaube, es ist gut machbar. Ich hoffe und bin sicher, dass die STGK diese Aufgabe bestens erledigen wird, und ich danke Ihnen für die heutige Unterstützung.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Für die vorläufige Unterstützung einer parlamentarischen Initiative braucht es mindestens 60 Stimmen.

*Abstimmung*

**Für die vorläufige Unterstützung der parlamentarischen Initiative KR-Nr. 292/2020 stimmen 122 Ratsmitglieder.** Damit ist das Quorum von 60 Stimmen erreicht. Die Initiative ist vorläufig unterstützt.

*Ratspräsident Roman Schmid:* Die Geschäftsleitung wird die parlamentarische Initiative einer Kommission zu Bericht und Antrag zuweisen.

Das Geschäft ist für heute erledigt.